

Keine Freigabe von Cannabis

Warum die Freigabe von Cannabis als Genussmittel falsch ist.

Die Bundesregierung will die Rauschdroge Cannabis legalisieren. Besitz und Konsum sollen weitgehend straffrei bleiben. Die CDU lehnt das ab! Mit guten Gründen – die auch in Teilen der SPD geteilt werden. „Wichtige Ziele einer modernen Drogenpolitik, wie zum Beispiel die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, die Entlastung der Ordnungs-, Polizei- und Justizbehörden oder die Verbesserung des Jugendschutzes, werden nicht erreicht“, heißt es in einem internen SPD-Schreiben vom 19.2.2024.

Gute Gründe, warum die Freigabe von Cannabis als Genussmittel falsch ist.

Die CDU hält das Gesetz zur Legalisierung von Cannabis für den Freizeitgebrauch für fatal und im höchsten Maße verantwortungslos. Mit der Freigabe werden die Sorgen vieler Eltern ignoriert. Die Gefahren werden systematisch ausgeblendet. Zusätzliche Belastungen für Gesellschaft und Staat werden nicht beachtet. Hinzu kommt, dass wichtige Fragen, wie die Folgen des Cannabis-Konsum im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz nicht geklärt sind.

1. Die Freigabe gefährdet Kinder und Jugendliche.

Studien belegen: Bis zum 25. Lebensjahr gefährdet der Konsum von Cannabis die geistige Entwicklung. Die meisten sozialen und gesundheitlichen Probleme entstehen durch frühen und regelmäßigen Erstkonsum. Die Bundesregierung erklärt nicht, wie Jugendliche davor geschützt werden sollen.

2. Kinder- und Jugendschutz wird geschwächt.

Niemand wird in der Lage sein, das Verbot von Cannabis-Konsum bei Schulen, in der Nähe von Jugendzentren oder in Fußgängerzonen zu kontrollieren. Dazu kommt: Die Verbotszonen wurden am Ende des Gesetzverfahrens sogar wieder verkleinert. Die Weitergabe an Jugendliche ist kaum zu verhindern. Durch das erlaubte öffentliche Kiffen wird Cannabis-Konsum sichtbar. Nachahmungseffekte entstehen. Die Hemmschwelle zum Einstieg sinkt.

3. Psychische Krankheiten können sich verstärken.

Es gibt einen nachweisbaren Zusammenhang zwischen regelmäßigem Cannabis-Konsum und psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen. So kann Cannabis zu Depressionen führen oder diese verstärken. Angsterkrankungen und Verfolgungswahn treten vermehrt auf.

4. Private Produktion lässt sich nicht kontrollieren

Wer kontrolliert in Privatwohnungen, ob maximal drei weibliche blühende Cannabis-Pflanzen pro Person gezüchtet werden? Die Unverletzlichkeit der Wohnung steht unter staatlichem Schutz. Die Antwort lautet daher: Niemand!

5. Die Organisierte Kriminalität wird nicht eingedämmt.

Das Gegenteil ist der Fall. Denn bis zu 25 Gramm Cannabis darf jeder dabei haben. Das reicht je nach Dosierung für bis zu 100 Joints. Lediglich der „Moment einer Weitergabe mit Bezahlung“ ist künftig strafbar. Das „schützt“ Klein-Dealer, stärkt den Schwarzmarkt und belastet die Polizei und Sicherheitsbehörden.

6. Der Schwarzmarkt wird nicht ausgetrocknet, er verändert sich.

Eine erfolgreiche Zurückdrängung des Schwarzmarktes beruht auf mehreren Faktoren: Abgabepreis, Produktqualität, Vertrauen in Abgabestelle und Produkt sowie Bequemlichkeit. Ein besonderes Problem tritt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes auf: Dann ist der Konsum legal, die legale Produktion aber noch gar nicht gestartet.

7. Cannabis-Konsum beeinträchtigt die Verkehrssicherheit.

Cannabis beeinträchtigt die Verkehrstüchtigkeit. Trotz dieser Auswirkungen hat die Bundesregierung zunächst kein absolutes Cannabis-Verbot für Fahranfängerinnen und Fahranfänger sowie für das Führen von Gefahrguttransporten vorgesehen.

8. Polizei und Justiz werden zusätzlich belastet.

Der Deutsche Richterbund erwartet Mehrbelastungen für Staatsanwälte und Richter, für Polizei, Ordnungsämter und Verwaltung. Der Grund: Verbotszonen müssen ausgewiesen und überwacht werden. Es kommen neue Aufgaben für Verfolgung und Vorbeugung hinzu. Und: Durch rückwirkende Straffreiheit muss man zahlreiche Verfahren neu bewerten.

9. Fachverbände warnen eindringlich vor Cannabis-Freigabe.

Die führenden Verbände der Kinder- und Jugendmediziner, der Kinder- und Jugendpsychiater, die Bundesärztekammer, die Gewerkschaft der Polizei, der Bund Deutscher Kriminalbeamten, der Berufsverband der Lehrkräfte und Pädagogen sowie viele weitere Verbände haben sich mit dem eindringlichen Appell ‚Aus Verantwortung zu unserem Land - die geplante Cannabislegalisierung stoppen‘ an alle Abgeordnete des Deutschen Bundestages gewandt und diese aufgefordert, dem Gesetz nicht zuzustimmen.